

Editorial

Hallo, liebe Leser!

Die Uni Göttingen hat es mal wieder in die Schlagzeilen geschafft. Die überregionalen Medien von „Spiegel“ bis „taz“ berichten aber leider nicht über herausragende Leistungen in Lehre und Forschung. Vielmehr ist das fragwürdige Vorgehen des Uni-Präsidenten Kurt von Figura bei der Umgestaltung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Für uns Grund genug, ausführlich alle Hintergründe dieses Themas zu beleuchten.

Auch bei den weiteren Themen wie Studienkrediten oder der Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes wünschen wir Euch viel Spaß beim Lesen.

Gerhard Riewe

AUS DEM INHALT

Exzellenter Hochschulsport
Wir sind „Hochschule des Jahres“
Seite 3

NHG-Novelle
Landesregierung stärkt Präsidenten
Seite 3

Erklärung des Stiftungsrats
Krull beschützt von Figura
Seite 5

GENUG, HERR PRÄSIDENT!

Von Figura wegen seines Führungsstils in der Schusslinie

von Andreas Sorge

Am 10. November ließ unser Uni-Präsident Prof. Kurt von Figura während einer Sitzung des Sowi-Fakultätsrates im überfüllten ZHG 010 vor ca. 700 Anwesenden die Katze aus dem Sack: Er habe einen „Vorschlag“ zu unterbreiten. Die fachwissenschaftlichen Studiengänge in Politik, Pädagogik und Sport sollen geschlossen werden. Die Anwesenden, auch die Professoren, wussten sofort, was ein „Vorschlag“ des Präsidenten bedeutet: Es wird so gemacht. Das faktische Aus für die renommierte Göttinger Parteienforschung unter Prof. Peter Lösche und Prof. Franz Walter, das faktische Aus für die Sportwissenschaft. So betont von Figura seitdem auch immer wieder, dass

Umstrukturierung der Sowi-Fakultät: Kürzung von Politik und Sport

über die „Prämissen“ nicht mehr zu diskutieren sei.

Nun kann man sich fragen, warum eine „Umstrukturierung“ innerhalb der Sozialwissenschaftlichen Fakultät die gesamte Universität betrifft und wieso von Figura in der letzten Zeit derart in die Schusslinie z.B. auch des „Spiegels“ oder der „taz“ geraten ist. Auf dem Prüfstand steht der

Führungsstil des Präsidenten. Seit der Hochschulgesetz-Reform 2002 (siehe S. 3) hat das Präsidium eine starke Machtposition. So entscheidet es darüber, wie

Präsidium bestimmt, wo's lang geht – sonst gibt's kein Geld

viel Geld jede Fakultät bekommt – und über die Schließung ganzer Fakultäten. Ein wirksames, mehr

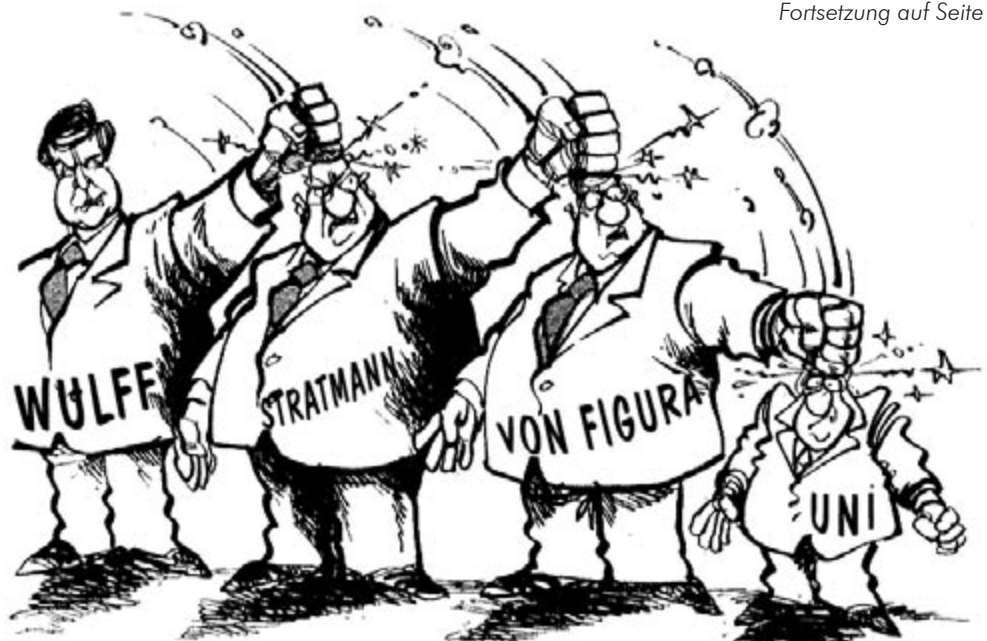
oder weniger bewusst eingesetztes Druckmittel, zähneknirschendes Abnicken präsidialer „Ansagen“, „Vorschläge“ und „Prämissen“ oder gar vorausseilenden Gehorsam auf Seiten der auf ihre Ausstattung und Stellen bedachten Dekane und Professoren zu erwirken. Aber auch durch das ständige Buckeln gegenüber der Landesregierung hat sich von Figura in

der Uni Sympathien verschert. Bei öffentlichen Äußerungen hat man stets das Gefühl, aus ihm

Präsident vertritt Kürzungspolitik des Landes – nicht unsere Uni

sprächen Lutz Stratmann (Wissenschaftsminister) oder Christian Wulff (Ministerpräsident, beide CDU) und deren verfehlte Hochschul- und Kürzungspolitik.

Fortsetzung auf Seite 2



„Weitergeben!“

Fortsetzung von Seite 1:

Überdies hat von Figura der Uni mit seiner Forderung nach Studiengebühren und seiner Unterschrift unter den Zukunftsvertrag („Kürzungspakt“, der Wadenbeißer berichtete) unserer Uni einen Bärendienst erwiesen und der sich für das „Hochschuloptimierungskonzept“ und „Clustergespräche“ (siehe InfoBox) verantwortlich zeichnenden Landesregierung eine weiße Weste beschert.

Doch was hat der Präsident nun davon? Stratmann, der ihm die

Studiengebühren und eine Haushaltssanierung auf Kosten der Hochschulen und Studierenden verdankt, drückt ihm den Ausfallfonds und die Stipendiensysteme

... denkste! Landesregierung fällt von Figura in den Rücken

(siehe S. 4) rein, die nun von den Hochschulen zu finanzieren sind. Auch Wulff „bedankt“ sich für seine Unterstützung und fällt ihm durch die Forderung nach einem Erhalt der Göttinger Parteien-

forschung (die von Figura abwackeln will) in den Rücken. Richtig peinlich wurde es für von Figura nun durch die Erklärung unseres Stiftungsrates vom vergangenen Mittwoch (siehe S. 5), von dem er sich vor „persönlich diffamierenden Angriffen“ in Schutz nehmen lassen musste.

Was der Präsident nun schleunigst vollziehen muss, ist eine Kehrtwende. Die Universität erwartet von ihrem Präsidenten Führung, keine Beherrschung. Das heißt: Senat und Fakultäten ist echte

Mitsprache zuzugestehen! Insbesondere das festgeschriebene umfassende Stimmrecht des Senats ist zu gewähren. In der Öffentlichkeit muss er der Landesregierung sagen, was die Uni von den Studiengebühren-

Kehrtwende jetzt (?)

plänen und der Entmachtung des Senats und der Fakultäten (siehe S. 3) hält. Das wären seine Aufgaben als unser Präsident, denen er bisher nicht gerecht geworden ist.

InfoBox: Clustergespräche/Uni Niedersachsen

Im Frühjahr diesen Jahres wurden von der Landesregierung die „Clustergespräche“ zwischen den niedersächsischen Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium initiiert. Seitdem überlegen die Hochschulpräsidenten und deren Sprecher und unser Uni-Präsident Prof. Kurt von Figura zusammen mit dem Ministerium, an welchen Standorten welche „Cluster“ zu bilden seien. Ein „Cluster“ ist dabei als eine Konzentration von Professuren eines Faches an einem einzelnen Standort zu verstehen. Das Ziel dahinter ist klar: eine „Universität Niedersachsen“ analog z.B. zur „University of California“. Jedes Fach soll dabei an einem bis maximal drei Standorten konzentriert werden. Damit wird die bereits durch das „Hochschuloptimierungskonzept“ vorgezeichnete Entwicklung unter anderem Namen nahtlos vorangetrieben.

Besonders schnell hatte man sich von dem hehren Ziel verabschiedet, die für die einzelnen „Cluster“ vorzusehenden Standorte allein nach Qualität auszusuchen. Ansonsten wären fast alle Geisteswissenschaften nach Göttingen „geclustert“ worden – die Uni Göttingen wäre von 24.000 auf 40.000 Studierende gewachsen, während die Uni Hannover auf gut 10.000 Studierende geschrumpft wäre. Und so einigte man sich ganz schnell darauf, dass das „Clustering“ keine Hochschule bevorzugen oder benachteiligen darf.

Für Göttingen stehen derzeit drei Fächer auf dem Prüfstand: Politik, Informatik und Psychologie. Informatik soll nur noch hier oder in Clausthal angeboten werden, Psychologie hier oder in Braunschweig. Klar ist aber, dass sich alle Fächer darauf gefasst machen müssen, an andere Standorte „geclustert“ zu werden. Weiterhin „Volluniversitäten“ mit reichhaltigem Fächerangebot vorzuhalten, wie es z.B. auch die amerikanischen Elite-Universitäten der „Ivy League“ aufweisen, ist nicht vorgesehen.

Termine

Mi. 30.11.

13:00 ZHG 010 Sowi-W
14:00 Campus Demonstration von Fachschaften & AStA zum Wilhelmsplatz gegen Studiengebühren und für eine demokratische Uni

Mo.-Mi. 5.-7.12.

Oec „48h-Uni“ der Sowis

Do. 8.12.

Hannover Landesweite Demonstration der LandesAStA-Konferenz (LAK) gegen Studiengebühren, Kürzungen und für demokratische Hochschulen (s. Seite 7)

Aktuelle Infos

<http://www.wadenbeisser-online.de>

Proteste gegen Sowi-Pläne des Präsidenten



Mit dem Slogan „Geist ist geil!“ wollen Teilnehmer der Demonstration vom 22.11. den Präsidenten an die Qualitäten von Geisteswissenschaften erinnern.

Den Auftakt der Proteste gegen die „Umstrukturierungspläne“ des Präsidenten bildete eine Fachschaftsvollversammlung der Sowis am 17. November. Im mit 1.200 Besuchern überfüllten ZHG 011 kritisierten der bekannte Parteienforscher Prof. Franz Walter und ein Mitglied des FSR Sowi unter großem Beifall der Zuhörer von Figuras Vorgehen massiv.

Bei einem Aktionstag und einer anschließenden Demonstration wurde der Unmut am Dienstag, dem 22.11. in die Öffentlichkeit getragen.

Den ganzen Vormittag wurden u.a. auf dem Campus Unterschriften gesammelt und im AStA sowie im Oeconomicum Transparente und Schilder für die Demonstration angefertigt. Ein zentraler Infostand vor dem

Café Campus kündigte bei Musik und Glühwein die Dinge an, die noch kommen sollten.

Gegen 15:15 Uhr starteten die nach Polizeiangaben 1.500 bis 2.000 Studierenden vom Campus in Richtung Innenstadt, um gegen 16:15 Uhr am Wilhelmsplatz zu einer Abschlusskundgebung einzutreffen. Die Demonstration lief abgesehen von einer versuchten und von der Polizei verhinderten gewaltsamen Stürmung der Aula durch einige wenige Teilnehmer insgesamt friedlich ab.

Weitere Demonstrationen sind sowohl in Göttingen als auch in Hannover geplant (s.o. „Termine“). Nun sind die Studierenden aller Fakultäten gefordert, den undemokratischen und autoritären Führungsstil des Präsidenten nicht länger hinzunehmen.

HOCHSCHULSPORT AUSGEZEICHNET

Hochschulsportverband: Göttingen auf „vorbildlichem Niveau“

von Markus Osterhoff

Die Georgia Augusta ist die „Hochschule des Jahres 2005“. Zwar haben es nicht alle Fachbereiche zur sagenumwobenen „Exzellenz“ geschafft – aber es gibt auch andere Preise zu gewinnen. Etwa beim adh, dem Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband. Der gab nämlich am Dienstag, 22. November, bekannt: Die von den hauptamtlich Verantwortlichen und dem AStA-Sportreferat geleistete Arbeit habe dafür gesorgt, „dass der Göttinger Hochschulsport sowohl quantitativ als auch qualitativ auf ein vorbildliches Niveau gelangt

ist.“ Die Auszeichnung nahm Uni-Vize Prof. Dr. Joachim Münch während einer Feierstunde im Roten Rathaus in Berlin entgegen. Hochschulsport-Leiter Peter Lampe versprach: „Wir sehen die Ehrung vor allem als Ansporn, auch in Zukunft ein vielfältiges und attraktives Programm für die Angehörigen der Universität anzubieten.“ Dem adh ist es nicht schwer gefallen, die Georgia Augusta für ihren Hochschulsport auszuzeichnen. Gleich ein „Bündel von Begründungen“ gab den Ausschlag: der Hallenneubau am Sprangerweg, viele neue Sport-

stätten im Außenbereich, das 2002 eingerichtete Fitness- und Gesundheitszentrum (FIZ) – und der Internet-Auftritt des Göttinger Hochschulsports: Unter der Adresse www.sport.uni-goettingen.de können sich die Sportler online und bargeldlos für die Veranstaltungen anmelden. Große Bedeutung hat der adh vor allem dem studentischen Wettkampfsport beigemessen: Die vom AStA-Sportreferat betreuten Wettkampfsportler erreichten in der adh-Rangliste vordere Plätze – „ein Beleg für die vorbildliche Unterstützung“, so der adh.

Auch setzte sich die Göttinger Universität für gute Rahmenbedingungen der Athleten ein: Gerade Nachwuchssportler, die neben dem Studium Leistungssport betreiben, profitieren vom attraktiven Hochschulstandort Göttingen. Der akademische Sport hat in Göttingen eine lange Tradition: Seit 111 Jahren besteht der Hochschulsport. Derzeit werden rund 240 Kurse in über 80 Sportarten angeboten – über 7000 Studierende und Mitarbeiter nutzen das umfangreiche Angebot.

WENIGER BEFUGNISSE DURCH NOVELLIERUNG DES NIEDERSÄCHSISCHEN HOCHSCHULGESETZES (NHG) FÜR SENAT UND FAKULTÄTEN:

NEUES HOCHSCHULGESETZ

Landesregierung will Kompetenzen des Uni-Präsidenten ausweiten

von Christian Zigenhorn

Im niedersächsischen Landtag wird derzeit eine Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) diskutiert. Das derzeitige Gesetz wurde erst im Jahr 2002 von der damaligen SPD-Landesregierung mit ihrem Wissenschaftsminister Thomas Oppermann verabschiedet. Die aktuelle CDU/FDP-Regierung möchte nun einige essentielle Änderungen vornehmen. Seit Anfang Oktober ist der Entwurf öffentlich zur Anhörung freigegeben. Die wichtigsten Punkte der geplanten Änderung sollen in diesem Artikel dargestellt werden.

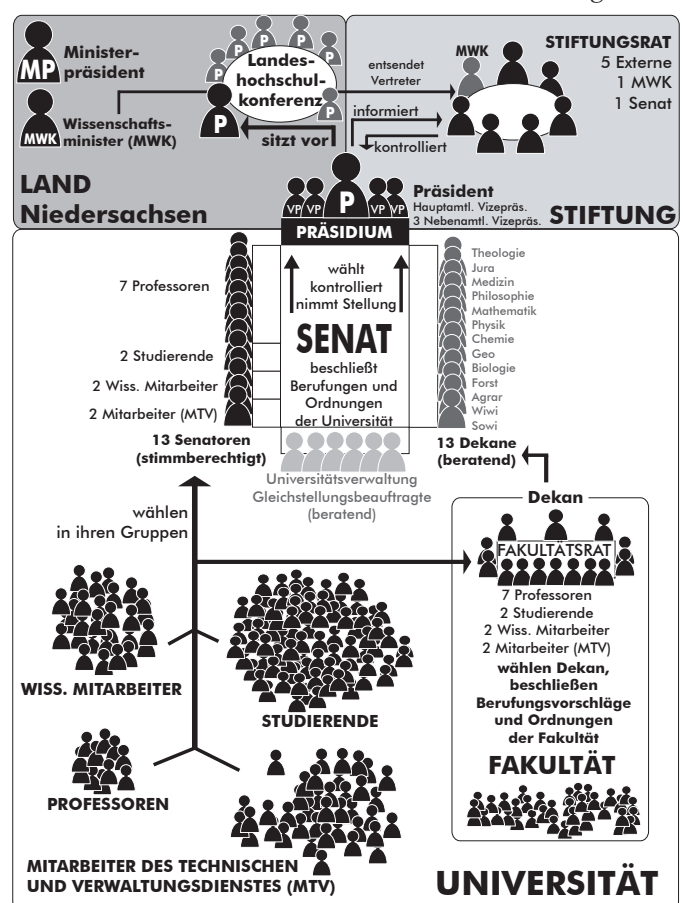
ohne Anhörung im Schnellverfahren beschlossen werden soll, ist mehr als nur schlechter politischer Stil. Die Befürchtungen, die Studiengebühren würden nach und nach in den Haushaltslöchern des Landes versickern, werden durch die gemeinsame Verabschiedung von Studiengebühren und Haushalt verstärkt. Der aktuelle Stand des Gesetzentwurfs ist in der InfoBox auf der folgenden Seite dargestellt. Da dieser Entwurf zum Zeitpunkt des Redaktionsschluss noch nicht einmal in den Landtag eingebracht wurde, sind noch Änderungen möglich.

STUDIENGEBÜHREN

Die geplante Einführung von Studiengebühren ist nicht mehr Bestandteil der Novelle des NHG., sondern des Haushaltsbegleitgesetzes 2006. Die geplanten Studiengebühren werden daher nicht in der Anhörung des Landtages diskutiert, sondern zusammen mit dem Haushalt 2006 ohne jegliche Diskussion verabschiedet. Dass eine der wichtigsten Entscheidungen der Hochschulpolitik der kommenden Jahre per Haushaltsbegleitgesetz

FINANZEN

Dass die Finanzierung der Universitäten mit dem Gesetzentwurf nicht besser werden würde, ist nach den Kürzungen der letzten Jahre eigentlich keine Überraschung mehr: Im Gesetz von 2002 war im § 1 festgeschrieben, dass das Ministerium mit den Hochschulen Zielvereinbarungen für mehrere Jahre über die strategischen Entwicklungs- und Leistungsziele sowie die staatliche Finanzierung der Hochschulen trifft. Die Festlegung der Finanzierung wird mit dem neuen Gesetz



Organisation unserer Universität nach dem geltenden NHG. Die Novelle sieht eine Wahl des Präsidenten durch den Stiftungsrat vor und verlagert weitere Kompetenzen von Senat und Fakultäten ins Präsidium.

gestrichen. Dafür werden nun in den Zielvereinbarungen Regelungen zur Erhebung von Gebühren getroffen. Den Studentenwerken geht es ebenfalls finanziell an den Kraken. Während im aktuellen Gesetz genaue Regelungen über die staatlichen Zuschüsse zu finden sind, wird in Zukunft „die Finanzhilfe nach Maßgabe des Haushalts gewährt“.

STUDIUM

Obwohl seitens der Politik in den vergangenen Jahren immer wieder behauptet wurde, mit der Einführung von Studiengebühren würde für die Studierenden alles so viel besser werden, ist im aktuellen Entwurf teilweise das genaue Gegenteil der Fall. So ist derzeit im § 5 geregelt, dass die Studierenden jedes Semester die Gelegenheit bekommen müssen, eine Bewertung über ihre Veranstaltungen abzugeben. Ein dazu geeignetes elektronisches System befindet sich an der Universität Göttingen gerade in der Erprobungsphase. Im Entwurf ist nun zu lesen, dass die Bewertung nur noch alle zwei Jahre stattfinden soll. Außerdem ist die Beteiligung der Studienkommissionen (immerhin zu 50% mit Studierenden besetzt) an den Bewertungen der Ergebnisse nicht mehr gesetzlich abgesichert.

Im § 7 werden im aktuellen Entwurf Hürden vom Übergang vom Bachelor in den Master eingeführt. In Zukunft wird es also regelmäßig passieren, dass Studierende nach dem Abschluss des Bachelor gegen ihren Willen die Universität verlassen müssen, ohne einen Master gemacht zu haben.

KOMPETENZVERTEILUNG IN DER UNIVERSITÄT / WAHL DES PRÄSIDIUMS

Die Kompetenzen der Entscheidungsgremien der Universität werden durch den aktuellen Entwurf wieder einmal neu verteilt. Dabei ist eine Fortsetzung der Tendenz der letzten Jahre klar erkennbar: das Präsidium darf immer mehr entscheiden, der Senat und die Fakultätsräte, in denen auch Studierende mitentscheiden dürfen, verlieren immer mehr ihrer Befugnisse. Insbesondere in Berufungsverfahren

InfoBox: Studiengebühren – der aktuelle Stand

Ab Wintersemester 2006/07 werden von allen Erstsemestern so genannte „Studienbeiträge“ von 500 Euro im Semester erhoben, Studierende in höheren Semestern müssen erst ab Sommersemester 2007 bezahlen. Davon ausgenommen werden sollen Studierende, die Kinder unter 14 Jahren betreuen, einen pflegebedürftigen Angehörigen pflegen, das Amt der Gleichstellungsbeauftragten ausüben (max. zwei Semester), ein in der Studienordnung vorgesehenes Auslands- oder Praxissemester absolvieren, Promotionsstudierende sowie all diejenigen, die bereits vom Verwaltungskostenbeitrag befreit sind. Der Betrag von 500 Euro pro Semester gilt für die Regelstudienzeit des Erststudiums sowie vier weitere Semester sowie in konsekutiven Studiengängen für die Regelstudienzeit von Bachelor und Master. Für die nächsten beiden Semester sind je 600 Euro fällig, danach zwei Semester lang je 700 Euro und bei Überschreitung der Regelstudienzeit von neun Semestern und mehr 800 Euro pro Semester. Im Gegensatz zur aktuellen Regelung gilt bei zwei oder mehr parallel absolvierten Studiengängen nicht mehr der längste sondern demnächst der kürzeste Studiengang für die Berechnung der Langzeitstudiengebühren. Die Gebühren können ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Entrichtung zu einer unbilligen Härte führen würde, hierzu zählen insbesondere studienzeitverlängernde Auswirkungen einer Behinderung, einer schweren Krankheit oder Folgen als Opfer einer Straftat. Für den Zeitraum der Regelstudienzeit und die nächsten vier Semester gibt es die Möglichkeit, einen Kredit zur Finanzierung aufzunehmen. Dies gilt nur für deutsche Studierende, Studierende aus Mitgliedsstaaten der EU oder des EWR sowie Ausländer, die in Deutschland ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Dies gilt jedoch nur für Studierende, die ihr Studium vor Vollendung des 35. Lebensjahres begonnen haben. Die Gesamtverschuldung für BAföG und Studiengebühren beträgt max. 15.000 Euro, die Rückzahlung der Studiengebührenkredits beginnt frühestens zwei Jahre nach Ende des Studiums und spätestens nach Ablauf der doppelten Regelstudienzeit. Zusätzlich muss der Darlehensnehmer ein Mindesteinkommen erzielen, das mind. 100 Euro über dem für die BAföG-Rückzahlung liegenden Wert liegen muss. Das Ausfallrisiko für diese Kredite müssen die Hochschulen und damit letztendlich die Gebührenzahler tragen, derzeit wird von einer Quote von ca. 6% ausgegangen.

werden die Möglichkeiten des Präsidiums ausgeweitet; inhaltliche Umstrukturierungen ganzer Fakultäten kann das Präsidium damit ganz einfach von oben durchsetzen. Wäre dies allein nicht schon schlimm genug, so wird auch noch das Wahlverfahren für den Präsidenten und die Vizepräsidenten geändert. Bisher wurde das Präsidium der Universität vom Senat gewählt, diese Aufgabe übernimmt in Zukunft der Stiftungsrat. Dies ist deshalb problematisch, weil sechs der sieben Stiftungsratsmitglieder von außerhalb der Universität stammen. Die Vizepräsidenten müssen zudem im Einvernehmen mit dem Präsidenten gewählt werden. Da in Zukunft mit dem Amtsbeginn eines neuen Präsidenten alle nebenamtlichen Vizepräsidenten automatisch ausscheiden, kann sich einer neuer Präsident seine Kollegen quasi aussuchen.

Zur Novellierung des NHG hat der Autor im Auftrag des AstA eine eigene Broschüre erstellt. Diese kann von der AstA-Homepage unter <http://asta.uni-goettingen.de> heruntergeladen werden oder ist in gedruckter Form direkt beim AstA erhältlich.

Nordnetz, oder „wie man unsolidarischerweise die Proteste spaltet“

Am 2. Dezember soll es wieder soweit sein, in Bremen veranstaltet das „Nordnetz“ eine „Gegendemo“. Unter dem Deckmantel der Studiengebührenproteste wird versucht, möglichst viele Studierende zu instrumentalisieren. Demonstriert wird gleich gegen alles: Abschiebung, Hartz IV, Ich-AGs, Stromkonzerne und die ganze kapitalistische Verwertungsmaschinerie... Man mag sich fragen, was das mit Studiengebühren zu tun hat, aber da hat man sich auch schon als „vom kapitalistischen System Verblendeter“ geoutet. Natürlich entspringe das alles dem gleichen neoliberalen Zeitgeist und lasse sich daher auch nur im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang betrachten. Sich nur gegen Studiengebühren zu engagieren – ohne linke Folklore undenkbar.

Und so fordert man zwar stets Gemeinsamkeit und Solidarität, schreckt aber nicht vor ständiger Diffamierung Andersdenkender zurück. Die am stärksten im Nordnetz engagierten Asten

Braunschweig, Bremen und Hamburg sind auffälligerweise alle keine Mitglieder im bundesweiten studentischen Dachverband fzs. Die dort vertretenen Positionen seien zu „rechts“, seit auch „serviceorientierte“ Asten wie Göttingen dort Mitglied sind. Die Diskursbereitschaft dieser Asten stößt da sehr schnell an Grenzen. Deshalb sind Bremen und Hamburg auch ausgetreten und versuchen bei jeder Gelegenheit, den fzs in der Öffentlichkeit zu beschädigen. Oder lag das mit dem Austritt nicht vielleicht doch daran, dass man sich mit seinen radikal linken Positionen reichlich im politischen Abseits sah? Der Gegenwind blies den Hamburgern auf der letzten Mitgliederversammlung jedenfalls auch von linken Asten in Orkanstärke entgegen. Seither konzentriert man sich auf das Nordnetz und versucht, mittels Unterstützung einiger Göttinger Hochschulgruppen Einfluss auf unsere nächsten Uniwahlen zu nehmen. Damit im nächsten Jahr auch unser AstA gegen Abschiebung, Hartz IV, Ich-AGs, Stromkonzerne...

PAPA DR. KRULLS LÄCHELN

Stiftungsrat kontrolliert nicht, sondern beschützt Präsidenten

Nach der Sitzung des Stiftungsrats am vergangenen Mittwoch (23.11.) gab dessen Vorsitzender Dr. Wilhelm Krull eine Erklärung zu den jüngsten Ereignissen um die Umstrukturierung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät heraus. Wer sich vom Stiftungsrat als Kontrollorgan des Präsidiums eine differenzierte Stellungnahme oder gar eine an das Präsidium gerichtete Aufforderung, mit der angekündigten „Dialogbereitschaft“ auch ernst zu machen, erhofft hatte, wurde jäh enttäuscht.

Man gewinnt den Eindruck, als hätte unser Uni-Präsident von Figura zur Tastatur gegriffen und sich selbst und seine Umstrukturierungspläne unter anderem Namen verteidigt. Da wird wieder von zeitnaher und angemessener Einbeziehung der Betroffenen, vom „Vorschlags“-Charakter des Präsidialvorstoßes geredet. Dumm nur, dass der Präsident sich vorher mehrfach darauf

festgelegt hat, dass „an den Prämissen“ (Politik zerschlagen, Pädagogik reduzieren, Sport clusterunfähig und weg!) nichts mehr geändert werden können soll.

Die eigentlich brennende und entscheidende Frage hat der Stiftungsrat offenbar nicht beraten: Das „Wie“ der inneruniversitären Diskussion. Der Präsident hat Gestaltungsspielräume, die soll er auch nutzen, aber doch nicht, indem Entscheidungen („Vorschläge“) dekretiert und ohne Einfluss auf das Ergebnis von den Betroffenen abgewinkt werden. Verschärfen wird sich dieses Problem noch durch das neue Niedersächsische Hochschulgesetz (siehe S. 3), welches die Ernennung des Präsidenten aus dem demokratischen Legitimationsprozess innerhalb der Uni herauslöst und auf Externe (den Stiftungsrat) überträgt.

Genau dafür hat sich der Stiftungsrat nun aber disqualifiziert. Das Präsidium kann er nicht adä-

quat kontrollieren, da er keinerlei Einfluss wahrnimmt, sondern nur in einen Verteidigungsgestus verfällt – informiert wird der Stiftungsrat schließlich auch nur vom Präsidium. Man redet dem Präsidenten nach dem Mund, erstaunlicherweise völlig einseitig. Und dass der Stiftungsrat den Präsidenten dann auch noch vor „persönlich diffamierende[n] Angriffe[n]“ in Schutz nehmen muss, ist schlichtweg peinlich. Man gewinnt da leicht den Eindruck, als wäre der Waisenjunge Oliver „Kurt“ Twist heulend zu seinem Pflegepapa Krull gelaufen, der nun den Ärger auf sich nimmt, um seinem armen Knäblein weitere Schläge zu ersparen. Wäre die Situation nicht so dramatisch, man könnte fast Danke sagen für diese köstliche Unterhaltung.

Die Erklärung des Stiftungsrates ist wie alle anderen Informationen auf der von der AStA-Webmasterin Andrea Fiege (ADF) betreuten Sonderseite zu den aktuellen

InfoBox: Stiftungsrat

Der Stiftungsrat berät und kontrolliert das Präsidium und tagt ca. drei- bis viermal im Jahr. Er besteht aus 5 externen Mitgliedern, einem Senatsdelegierten und einem Abgesandten des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums. Studierende sind in diesem höchsten Gremium der Stiftung Georg-August-Universität Göttingen nicht vertreten.

Land und Präsidium wollen mit der NHG-Novelle (S. 3) dem Stiftungsrat die Wahl des Präsidenten übertragen, damit der Präsident vollkommen unabhängig von der Uni Entscheidungen treffen kann.

Vorgängen um die Sozialwissenschaftliche Fakultät dokumentiert: <http://asta.uni-goettingen.de/?sowi>

DEMO AM 8.12. IN HANNOVER: DIE LANDESREGIERUNG BESUCHEN

Passend zum Auftakt der Plenarwoche des niedersächsischen Landtages veranstaltet die LandesAStenKonferenz (LAK) am 8.12. eine große landesweite Demo in Hannover. Unter dem Motto „Für eine andere Bildungspolitik!“ rufen zahlreiche niedersächsische ASten auf, gegen die Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, die Einführung von Studiengebühren im Haushaltsbegleitgesetz und den Kürzungspakt („Zukunftsvertrag“) zu protestieren. Die Forderungen sind klar: keine Studien-

gebühren zur direkten oder indirekten Finanzierung von Haushaltslöchern, Beibehaltung bzw. Ausbau der (studentischen) Mitbestimmung an den Hochschulen z.B. bei Berufungen, Studienordnungen und Fächerangeboten, Verhinderung der präsidialen Allmacht und Verlagerung der Entscheidung auf Hochschulexterne sowie ernsthafte Planungssicherheit für die Hochschulen.

Treffpunkt ist in Göttingen um 12:45 Uhr der Bahnhofsvorplatz. Von dort geht es mit dem Semesterticket Richtung

Landeshauptstadt zur Demo. Vom Sammelplatz vor der Oper geht es dann am Landtag vorbei Richtung Universität. Dort soll die Demo gegen 17 Uhr enden. Über die genauen Rückfahrtmöglichkeiten wird auf der Hinfahrt informiert.

Es ist entscheidend, noch einmal zu zeigen, dass nicht alle Studiengebühren bezahlen wollen und die „Bildungspolitik“ der Landesregierung gutheißen, wie der Minister es gerne erzählt. Also macht euch auf den Weg nach Hannover und präsentiert eure Meinung.

BEWEGUNG IM BEWERTUNGSSPIEL

Die studentische Lehrevaluation ist seit 2002 fest im Niedersächsischen Hochschulgesetz verankert – umgesetzt freilich findet sie sich bislang hier in Göttingen nicht. Es fehlt die entsprechende Ordnung, deren Erarbeitung nunmehr drei Jahre anhält. Nachdem der Wadenbeißer in seiner letzten Ausgabe ausführlich berichtete, liegt seitens der Universitätsverwaltung nun tatsächlich ein Ordnungsentwurf vor. Dieser liest sich auch aus studentischer Sicht weitgehend erfreulich, so dass wir nunmehr bald auf rechtlich abgesichertem Boden unsere Lehre werden evaluieren können.

AUFLÖSUNG DES „KÜRZUNGSSYNTAGMAS 2006“

In der letzten Ausgabe des Wadenbeißers haben wir Euch auf Seite 2 um Mithilfe bei der Suche nach der originellsten Wortschöp-

fung für die Etikettierung der nächsten von der Landesregierung vorgenommenen Kürzungen im Hochschulbereich gebeten.

Uns erreichten viele gute Ideen, aber die Lösung angesichts der aktuellen Ereignisse um die Sowi-Fakultät war nicht darunter:

„Clusterbildungsmaßnahmen für Niedersachsen“!

Dank an alle, die mitgerätselt und uns geschrieben haben!

BAföG: Einstieg in den Ausstieg?

Zusatzangebote in der Bildungsfinanzierung

von *Andreas Redeker*

Parallel zur Diskussion über die Einführung allgemeiner Studiengebühren wird seit geraumer Zeit auch über die Einführung von Studienkrediten diskutiert. Seit diesem Semester gibt es bereits Angebote der Deutschen Bank und einiger Sparkassen, ab dem nächsten Jahr wird es wohl auch das lange angekündigte Angebot der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geben. Für die Finanzierung der geplanten Studiengebühren haben außerdem einige Länder eigene Kreditmodelle über Landesbanken vorgelegt.

Man kann solche Kredite natürlich als wünschenswerte Ergänzung der Instrumente der Studienfinanzierung sehen, schließlich gibt es immer wieder Personen, die mit ihrer persönlichen Bildungsbiographie nicht in das Schema der staatlichen Bildungsfinanzierung passen und daher keinen Anspruch auf BAföG haben. Außerdem gibt es zahlreiche Studierende, die keine ausreichende Förderung erhalten, da ihre Eltern über ein zu hohes Einkommen verfügen,

Kredite als zusätzliche Form der Studienfinanzierung...

von diesen aber dennoch nicht genügend unterstützt werden können („Mittelstandsloch“). Aber kann es politische Forderung sein, dieses Loch mit privaten Krediten zu stopfen? Nein, denn Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge beim BAföG gehören regelmäßig angepasst. So ist nach der BAföG-Reform 2001 die Zahl der Geförderten um mehr als 40% gestiegen, der durchschnittliche Förderbetrag immerhin um gut 13%. Außerdem hat sich unter Erstsemestern auch der Anteil Studierender aus den sog. „bildungsfernen Schichten“ wieder erhöht. Weiter sollte BAföG als Vollzuschuss gezahlt werden, damit sich niemand für seinen täglichen Lebensunterhalt verschulden muss. Überdies muss der Staat endlich eine studierendenfreundliche Regelung im Unterhaltsrecht finden, indem er in Vorrausleistung geht und sich um die Realisierung des Rechtsanspruchs kümmert. Die Forderung von Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) vom April diesen Jahres, das

BAföG durch eine volle Kreditfinanzierung zu ersetzen, signalisiert einen drohenden Ausstieg aus dem BAföG. Bei der derzeitigen Kassenlage sind vorerst keine Anpassungen im BAföG zu erwarten. Den zukünftigen inflationsbedingten Mehrbedarf sollen die Studierenden dann über Kredite bestreiten. Einige Jahre später, wenn mehr und mehr Studierende aus der BAföG-Förderung gedrängt und Kredite als Finanzierungsinstrument salonfähig geworden sind, lässt sich sicher auch der Plan von Frau Schavan wieder aufgreifen. Privaten Banken kann sicher niemand verbieten, Studierenden Kreditangebote zu unterbreiten. Und wenn diese der Meinung sind, sich über die Lebenshaltungskosten hinaus einigen Luxus leisten zu wollen, so ist das ihr gutes Recht. Anders sieht es aber bei staatlichen Krediten (KfW) aus, insbesondere wenn sie auch noch auf Provisionsbasis

über Studentenwerke vergeben werden sollen. Wird dann zukünftig bei der BAföG-Beratung auch gleich ein Kreditvertrag vorgelegt? Es geht hier nicht um böswillige Unterstellungen. Den Mitarbeitern des Studentenwerks liegt das Wohl der Studierenden besonders am Herzen. Aber seltsam mutet diese Konstruktion dennoch an. Und in Zeiten sinkender staatlicher Finanzhilfe und steigendem Kostendruck auf Seiten der Studentenwerke müsste auch eine Kreditberatung letztlich kostendeckend arbeiten. Wer will hier keinen Zielkonflikt entdecken?

Eines ist allen derzeitigen Kreditmodellen gemeinsam, sie gehen von einem sehr geringen Zinsniveau aus. Nur so ist es möglich, einen effektiven Jahreszins von unter 6% anzubieten. Aber das historische Zinstief wird nicht ewig dauern, bereits jetzt hat die Europäische Zentralbank erste Erhöhungen des Leitzinses angekündigt. Sollte dieser wieder Höchststände wie zu Beginn der 90er Jahre erreichen, so werden die Studiendarlehen sicher mit 12% oder mehr verzinst.

...dürfen Anpassung des BAföG nicht ersetzen

Studierende tragen Zinsrisiko

Studentenwerk im Zwiespalt

Bildungsministerin: Schleichender Ausstieg aus dem BAföG

Bildungsministerin: Schleichender Ausstieg aus dem BAföG

Privaten Banken kann sicher niemand verbieten, Studierenden Kreditangebote zu unterbreiten. Und wenn diese der Meinung sind, sich über die Lebenshaltungskosten hinaus einigen Luxus leisten zu wollen, so ist das ihr gutes Recht. Anders sieht es aber bei staatlichen Krediten (KfW) aus, insbesondere wenn sie auch noch auf Provisionsbasis

Studierende tragen Zinsrisiko

Studentenwerk im Zwiespalt

Studentenwerk im Zwiespalt

InfoBox: Derzeitige Kreditmodelle			
Institut	Deutsche Bank	Sparkassen	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Anforderungen	unter 30 Jahre; keine negative Schufa-Auskunft; Vorlage Studienplan	keine negative Schufa-Auskunft	Vollzeit-Studium
Laufzeit	max. 60 Monate	max. 72 Monate	max. 72 Monate
Betrag	kurzzeitig bis 800 €; ca. 450 € bei voller Laufzeit; insgesamt max. 30.000 €	max. 550 – 800 €; ca. 450 € bei voller Laufzeit; insgesamt max. 25.000-32.000 €	max. 650 €; insgesamt bis zu 54.000 €
Zinssatz	ab 5,9%, nach Auszahlungszeitraum wird neuer Vertrag abgeschlossen, dabei über 12% möglich	Variabel ca. 6% (abhängig von jeweiliger Kasse); Obergrenze möglich bei ca. 8-9%	variabel nach EURIBOR; derzeit 5-5,5%; garantierter Höchstzins
Rückzahlung	über 12 Jahre; spätestens 1 Jahr nach Abschluss	über 10 Jahre, spätestens 2 Jahre nach Abschluss	über 10 Jahre vorgesehen; max. 25 Jahre; spätestens 17 Monate nach Abschluss
Gesamtsumme	bis zu 55.000 €	bis zu 55.000 €	bis zu 81.000 € / 130.000 € (bei 10 / 25 jähriger Rückzahlung)

Die Gesamtsumme der Kredite ist jeweils unter Annahme der ungünstigsten Rahmenbedingungen berechnet worden, also volle Kreditsumme, Ausnutzen der Tilgungsfreiheit, höchster Zinssatz, längste mögliche Rückzahlungsdauer.

ÜBER 6 MILLIONEN EURO FÜR GÖTTINGER INSTITUTE

Mit 2,3 Millionen Euro als „Niedersächsisches Vorab“ fördert die VolkswagenStiftung den Bereich Humanmedizin der Universität Göttingen. Damit werden die Bereiche Molekulare Onkologie (als Teil des Göttinger Zentrums für molekulare Biowissenschaften), Neurochirurgie, Neurodegeneration und Neurorestaurationsforschung, MR-Forschung in der Neurologie und Psychiatrie sowie Zelluläre und Molekulare Immunologie unterstützt. Des weiteren erhält das Zentrum Biochemie und Molekulare Zellbiologie Mittel für das Transkriptomanalyselabor. Mit den Mitteln werden mehrere Geräte angeschafft, unter anderem ein Laser Scanning Mikroskop, und Forschungsprojekte wie die Entwicklung therapeutischer Konzepte zur Behandlung von Zentralnervensystemerkrankungen gefördert.

In Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft wird in einem deutschlandweit einzigartigem Verbundprojekt zum Einsatz von Magnetresonanztomografie und Spektroskopie bei neurologischen und psychischen Erkrankungen geforscht.

Weitere 3 Millionen Euro erhält das Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation für den Ausbau seiner theoretisch und experimentell arbeitenden Abteilungen.

Das XLAB, ein Experimentallabor für Schüler, welches deren Interesse für Naturwissenschaften wecken soll, wird mit 250.000 Euro gefördert.

Weiterhin wird das Institut für Historische Landesforschung in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchlichen Archiv der Evangelisch-lutherischen Landeskirche mit Fördergeldern unterstützt.

PROGRAMM DER UNI-KINOS

Montag, 28.11.
Basta – Rotwein oder Totsein

Dienstag, 29.11.
L.A. Crash

Mittwoch, 30.11.
Forrest Gump

Donnerstag, 01.12.
Die Dolmetscherin (OmU)

Montag, 05.12.
M – Eine Stadt sucht einen Mörder

Dienstag, 06.12.
Das wandelnde Schloss

Mittwoch, 07.12.
Unleashed – Entfesselt

Donnerstag, 08.12.
Old Men in New Cars

Montag, 12.12.
Schildkröten können fliegen

Dienstag, 13.12.
Charlie und die Schokoladenfabrik

Mittwoch, 14.12.
Paradise Now

Donnerstag, 15.12.
Million Dollar Baby

Dienstag, 03.01.
Madagascar

Mittwoch, 04.01.
Verliebt in eine Hexe

Donnerstag, 5.01.
Der Kaufmann von Venedig

Montag, 09.01.
Weltverbesserungsmaßnahmen

Dienstag, 10.01.
Sin City

Mittwoch, 11.01.
Wächter der Nacht

Donnerstag, 12.01.
Königreich der Himmel

Montag: clubkino
Dienstag: oscar
Mittwoch: MEMO
Donnerstag: campusfilm
Jeweils 19:30 Uhr, ZHG 011

ERWEITERUNG DES „SCHNARCH-SCHNULLERS“

Göttinger Zahnmediziner messen mit einem neuartigen elektronischen Biofeedbackgerät die Nuckelkraft von Schnarchpatienten. Das Gerät ist eine Erweiterung des bereits seit 2003 eingesetzten „Schnarchschnullers“ der Mediziner.

Das Biofeedbackgerät unterstützt die Patienten und Ärzte bei der Suche nach Ursachen für das Schnarchen. Bei mehr als 70% der mit dem Gerät behandelten Patienten verschwindet oder verringert sich der Lärmpegel. Die „Nuckelübungen“ helfen den Geplagten, ihre Zunge in der Position am Gaumen hinter den Frontzähnen zu halten.

In einem Pilotprojekt wird das Gerät zur Ferndiagnose über das Internet an der Universität de Entre Rios in Argentinien eingesetzt. Der Schnarchschnuller soll serienmäßig für den Heimgebrauch produziert werden.

WAHLBENACHRICHTIGUNGEN VERSCHICKT

Im November hat die Universität die Wahlbenachrichtigungskarten für die alljährlichen Wahlen zu den Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung verschickt. Den Karten lässt sich der Termin der Wahl (17.–20. Januar) entnehmen, ferner sind das aufzusuchende Wahllokal und die Frist zur Beantragung der Briefwahlunterlagen aufgeführt. Wer an mehreren Fakultäten studiert, hat außerdem die Möglichkeit, seine angegebene „Wahlfakultät“ zu ändern, denn jeder Studierende ist nur für ein Fachschaftsparlament und eine Fachgruppe wahlberechtigt. Wer bisher keine Karte erhalten hat, sollte seine beim Studentensekretariat hinterlegte Adresse überprüfen. Zur Abstimmung selber wird die Karte übrigens nicht benötigt; hier ist nur der Studenten- oder Personalausweis vorzulegen.

**UNIBIBLIOTHEKEN GÖTTINGEN UND KASSEL
UNTERZEICHNEN KOOPERATIONSVERTRAG**

Für eine schnelle und übergreifende Informationsversorgung der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiter soll ein Kooperationsvertrag zwischen den Universitätsbibliotheken Göttingen und Kassel sorgen, der am 8. November unterzeichnet wurde. So wurde die gebührenfreie Nutzung beider Einrichtungen durch Angehörige der Hochschulen und die schnelle Literaturversorgung per Fernleihe und Schnelllieferdienst festgeschrieben. Bei der Digitalisierung von Altbe-

ständen sollen technische Geräte und die Universitätsverlage die wissenschaftlichen Publikationsmöglichkeiten erweitern. Der Vertrag ergänzt den Rahmenvertrag der Hochschulkooperation zwischen den Universitäten. „Die räumliche Nähe beider Bibliotheken und ihr einander ergänzendes Angebot bilden eine gute Grundlage für diese Kooperation über Ländergrenzen hinweg“, betont SUB-Direktor Prof. Dr. Elmar Mittler.

**ASTA PRÄSENTIERT
2. SKAT-HOCHSCHUL-
MEISTERSCHAFT**

Am kommenden Montag, 5.12., wird ab 19 Uhr im Blauen Turm der 2. Hochschulmeister unserer Uni im Skat ausgespielt. Dieses Highlight in der Vorweihnachtszeit unter der Schirmherrschaft des AstA wurde von Andreas Sorge (ADF) initiiert. Neben Verpflegung zum Selbstkostenpreis werden auch vom AstA gesponserte attraktive Preise geboten. Anmeldungen per Mail an skat@asta.uni-goettingen.de!

JURISTENFETE AM 1.12.

Juristenfête
Donnerstag,
1. Dezember 2005
im ZHG

Einlass: ab 21 Uhr
Musik: DJ Hölger

Eintritt: 3 Euro
Happy Hour: 21 - 22 Uhr

Deuerlich
Bier und Moren

alpenmax
GEBIRGSBIERE

Alpenmax
Schweizer Bieres direkt auf der Party!

Am Donnerstag, den 01.12.2005 ist es endlich wieder soweit! Die legendäre „Juristenfête – das Original“ steigt ab 21:00 Uhr im Zentralen Hörsaal-Gebäude (ZHG). Wer schon vor zehn Uhr da ist, bekommt alle Getränke zu günstigen Happy-Hour-Preisen (z.B. Bier für 1 Euro). Aber auch nach der Happy Hour gibt es Bier, Sekt, Cocktails und alles, was das Herz ansonsten begehrt, zu studierendenfreundlichen Preisen! Für drei Euro Eintritt gibt es wieder den ganzen Abend Super-Stimmung.

IMPRESSUM

Redaktion
Andre Dorenbusch, Andrea Fiege,
Kai Horge Oppermann,
Markus Osterhoff, Andreas Redeker,
Heiko Schönfeld, Andreas Sorge,
Christian Zigenhorn

Chefredakteur
Gerhard Riewe (V.i.S.d.P.)

Layout
Heiko Schönfeld

Auflage
8.500 Exemplare

ADF
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion: Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text veranstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

NEU! Ab 20 Uhr geöffnet!!!

MONDAY
FUNDRAY

**Bis 12 Uhr
49 Cent
Party**

Crossover vom feinsten
mit DJ Ramon

Montag

Tanzhaus Alpenmax
Weender Landstraße 3-7
37073 Göttingen

Mittwoch

**99
Cent
Party**

**Alle offenen
Getränke die ganze
Nacht für nur
99 cent!**

**Studenten, Zivis und Bundies erhalten
das Bonus-Ticket für nur 2€**